

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich <b>Jugend und Soziales</b>	Drucksachen-Nr. <b>562/2005</b>	
<b>Mitteilungsvorlage</b>		
		<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
		<input type="checkbox"/> <b>Nicht öffentlich</b>
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum	
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>22.11.2005</b>	
<b>Sozialausschuss</b>	<b>07.12.2005</b>	

**Tagesordnungspunkt**

**Informationsveranstaltung am 18.10.2005:  
"Armut von Kindern und ihren Eltern" und  
"Situation Alleinerziehender in Bergisch Gladbach"**

**Inhalt der Mitteilung:**

@->

Am 18.10.2005 fand im Ratssaal Bensberg eine Informationsveranstaltung für Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, des Sozialausschusses, des Ausschusses zur Gleichstellung von Frau und Mann und der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 KJHG statt (Protokoll ist als Anlage 1 beigelegt). Zum Thema „Armut von Kindern in Familien“ referierte Herr Amonet, Leiter des Amtes für Jugendämter und Jugendförderung im Landesjugendamt Rheinland und zur „Situation Alleinerziehender in Bergisch Gladbach“ berichtete Frau Zanders (Folien der Präsentation, s. Anlage 2).

Im Folgenden werden einige wichtige Aspekte zum Thema (Kinder-)Armut zusammenfassend dargestellt.

**1. Ab wann ist man arm in Deutschland? – Armutsdefinition**

Der Begriff „Armut“ bezieht sich auf die Ungleichheit von Lebensbedingungen und die Ausgrenzung von einem gesellschaftlich als Minimum akzeptierten Lebensstandard. In entwickelten Industriestaaten ist ein Konzept absoluter Armut nicht sinnvoll. Nach diesem Konzept ist Armut als existenzielle Notlage definiert: Arm ist jemand, der nicht genügend Mittel zum physischen Überleben hat. Auf EU-Ebene und in der fachpolitischen Diskussion wird ein Konzept relativer Armut ange-

wandt, wobei die Armutsrisikoschwelle als Prozentsatz des mittleren bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens bestimmt wird.

„Arm in Deutschland ist, wer weniger als 50 Prozent des hier geltenden durchschnittlichen Nettoeinkommens (nach Haushaltsgröße gewichtet) zur Verfügung hat ... In Zahlen heißt dies: Eine Zwei-Eltern-Familie mit zwei Kindern unter 15 Jahren verfügt monatlich über weniger als 1.499 Euro netto, eine Ein-Eltern-Familie mit zwei unter 15-jährigen Kindern über weniger als 1.110 Euro und eine Ein-Eltern-Familie mit einem Kind unter 15 Jahren über weniger als 833 Euro.“<sup>1</sup>

Die Wahl des Prozentsatzes, ab dem von relativer Einkommensarmut gesprochen wird, ist eine normative Entscheidung. Neben der 50 %-Schwelle werden in der Armutforschung alternativ auch 40% oder 60% des durchschnittlichen Nettoeinkommens als Armutsrisikoquoten genutzt.

## **2. Besondere Risikogruppen - Armutsrisiko und Quantität von Armut bei Kindern**

Nach dem Sozialbericht NRW 2004 liegt die Armutsrisikoquote landesweit bei 14,8% (Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 50% des durchschnittlichen Einkommens; die Auswertungen im Sozialbericht beziehen sich auf den Mai 2003). Die im Sozialbericht NRW 2004 dargestellten Armutsrisikoquoten nach sozialstrukturellen Merkmalen sind als Anlage 3 beigefügt.

Gefährdet sind vor allem vier Gruppen von Kindern:

- Kinder von erwerbslosen Eltern,
- Kinder in Ein-Eltern-Familien,
- Kinder mit Migrationshintergrund,
- Kinder mit mehr als zwei Geschwistern.

Die Armutsrisikoquote bei jungen Menschen unter 18 Jahren liegt in Nordrhein-Westfalen bei 26,0 %, d.h. gut jeder vierte junge Mensch lebt in relativen Armutsverhältnissen.

Legt man die landesweite Armutsrisikoquote für Bergisch Gladbach zugrunde, kommt man zu folgendem Ergebnis:

In Bergisch Gladbach leben 19.747 junge Menschen unter 18 Jahren (EDV-Einwohnerdatei vom 30.06.2005), davon wären 5.134 junge Menschen arm. Allerdings muss beachtet werden, dass laut Sozialbericht NRW 2004 die Armutsrisikoquote im Rheinisch-Bergischen Kreis mit unter 12,7% unterhalb der Landesquote liegt und somit die Kinderarmut auch geringer ausfallen dürfte.

## **3. Folgen von Armut für Kinder**

Es gibt einen Zusammenhang zwischen geringem Einkommen – also Armut – und einem erhöhtem Risiko von Benachteiligung.

Holz schlägt die folgende **Lebenslagendimensionen** zur Bewertung der Entwicklungsbedingungen armer Kinder im Vergleich zu ökonomisch besser gestellten Kindern vor:

- a) Materielle Versorgung des Kindes: Grundversorgung (Wohnen, Nahrung, Kleidung)
- b) „Versorgung“ im kulturellen Bereich: Bildung (Arbeits-, Spiel und Sprachverhalten)

---

<sup>1</sup> Holz, Gerda, 2005, S. 1

- c) Situation im sozialen Bereich: soziale Integration (Kontakte, soziale Kompetenzen)
- d) Psychische und physische Lage: Gesundheitszustand, körperliche Entwicklung

**Tabelle 1:**

**Anteil armer und nicht-armer Kinder im Alter von sechs Jahren und im Alter von zehn Jahren mit Defiziten nach Lebenslagebereich<sup>2</sup>**

Lebenslagenbereich	Arme Kinder 6 Jahre alt	Nicht-arme Kinder 6 Jahre alt	Arme Kinder 10 Jahre alt	Nicht-arme Kinder 10 Jahre alt
Grundversorgung	40%	15%	52%	6%
Gesundheit	31%	20%	26%	19%
Kulturelle Lage	36%	17%	38%	13%
Soziale Lage	36%	18%	35%	13%

Die Folgen des Faktors Armut zeigt sich in den höheren Defizitanteilen. Am negativsten wirkt er sich bei der Sicherung der kindlichen Grundversorgung aus.

**Tabelle 2: Kindliches Leben zwischen Wohlergehen und mehrfache Benachteiligung<sup>3</sup>**

Lebenslagetyp	Anteil der Kinder	
	Arm	Nicht- Arm
Kind wächst auf ...		
im Wohlergehen	23,6%	46,4%
mit Benachteiligung	40,3%	39,9%
mit mehrfache Benachteiligung	36,1%	13,7%

**Erläuterung:**

Wohlergehen = Kind zeigt keine Auffälligkeiten in den vier Lebenslagedimensionen

Benachteiligung = Kind zeigt Auffälligkeiten in maximal zwei der vier Lebenslagedimensionen

mehrfache Benachteiligung = Kind zeigt Auffälligkeiten in mindestens drei der vier Lebenslagedimensionen

Nicht-Armut ist zwar kein zwangsläufiger Garant für ein Aufwachsen in Wohlergehen, allerdings steigt bei Armut das Risiko Entwicklungshemmnissen ausgesetzt zu sein. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird dazu ausgeführt (S. 81 – 82):

„Kinder unter sieben Jahren sind in deutlich überproportionaler Häufigkeit auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen. Gleichzeitig werden gerade in dieser Zeit die Grundlagen des Lebens- und Bildungsweges eines Kindes geprägt. Familien mit geringem Einkommen sparen am ehesten an kulturellen und sozialen Bedürfnissen, die über den Grundbedarf der Kinder hinausgehen. In der Folge können Ausgrenzungserscheinungen entstehen. (...)

Kinder mit erhöhtem Armutsrisiko haben häufiger als nicht arme Kinder gesundheitliche Probleme oder sind in ihrer körperlichen Entwicklung zurückgeblieben. Weitere Merkmale der Ausgrenzung armer Kinder können unregelmäßige Zahlungen von Essensgeld in Kinderbetreuungseinrichtungen, mangelnde körperliche Pflege, Auffälligkeiten im Spiel- und Sprachverhalten oder geringere Teilnahme am Gruppengeschehen sein.

<sup>2</sup> nach Holz 2005, S. 4 – 5

<sup>3</sup> Holz: In Landschaftsverband Rheinland (Hg.): Gesunde Lebenswelten – Gesunde Kinder, 2004, S. 32

Im frühen Grundschulalter setzen sich diese Ausgrenzungserscheinungen fort. Armutsfolgen zeigen sich am deutlichsten im Schulerfolg und in der schulischen Laufbahn. Zentrale Ursachen hierfür sind in vielen Fällen eine verspätete Einschulung, Leistungsprobleme, mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, eine fehlende Integration in die Klassengemeinschaft und eine geringe Förderung durch die Eltern.“

#### **4. Literaturhinweise zu (Kinder-)Armut**

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Zehnter Kinder- und Jugendbericht, Bonn 1998, S. 85 – 95)

Butterwegge, Christoph: Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Auflage, Frankfurt a. M. 2000

Deutscher Bundestag: Lebenslagen in Deutschland, Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2005  
(Download als pdf-Datei unter [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de))

Holz, Gerda; Skoluda; Susanne: Armut im frühen Grundschulalter – Abschlussbericht der vertiefenden Untersuchung zu Lebenssituation von Kindern im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt (Textauszüge), 2003  
(Download als pdf-Datei unter [www.familienhandbuch.de/cms/Familienforschung-Armut.pdf](http://www.familienhandbuch.de/cms/Familienforschung-Armut.pdf))

Holz, Gerda: Armut und Zukunftschancen von Kindern im Kita- und Grundschulalter. Vortragspapier zur Fachtagung des Landschaftsverbandes Rheinland am 30.06.2005 "Arme Kinder - auch bei uns" - Frühstmögliche Armutsprävention in Tageseinrichtungen für Kinder  
(Download als pdf-Datei unter [www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Kindergarten/Arbeitshilfen/holzkinderarmut.pdf](http://www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Kindergarten/Arbeitshilfen/holzkinderarmut.pdf))

Landschaftsverband Rheinland (Hg.): Gesunde Lebenswelten – Gesunde Kinder, Köln 2004

Landschaftsverband Rheinland (Hg.): Vermeidung und Überwindung von Armutsfolgen bei Kindern in Familien, Köln 2004

Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen: Sozialbericht NRW 2004 – Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf 2004  
(Download als pdf-Datei unter [www.mgsff.nrw.de/sozialberichte/sozialbericht04.html](http://www.mgsff.nrw.de/sozialberichte/sozialbericht04.html))

Park, Mieke: Armutsentwicklungen bei Kindern ..., ... aktuelle jugend- und bildungspolitische Lösungsansätze. In: Landschaftsverband Rheinland (Hg.): inform 3/2005, S. 10 – 12

## INFORMATIONSV ERANSTALTUNG

### für die Mitglieder

#### **des Sozialausschusses, des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann**

Herr Hastrich eröffnet die Informationsveranstaltung. Er begrüßt die Anwesenden und bedauert die geringe Teilnehmerzahl. Zum Thema „Kinderarmut“ begrüßt Herr Hastrich Herrn Amonet, der beim Landesjugendamt Leiter des Amtes für die Jugendämter und die Jugendförderung ist. Über die „Situation Alleinerziehender“ wird Frau Zanders vom städtischen Jugendamt informiert. Diese Veranstaltung sei auf Grund von Anträgen bzw. Anfragen im Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss als Informationsveranstaltung geplant worden, weil mit den Vorträgen keine Beschlüsse verbunden seien, sondern Grundlageninformationen geboten werden sollten. Den beteiligten Ausschüssen sollte so die Möglichkeit politischer Initiativen geboten werden. Sowohl im Jugendhilfe- als auch im Sozialausschuss werde eine Information über diese Veranstaltung in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen.

Herr Amonet bedankt sich für die Einladung und stellt sich kurz vor. Mit dem Thema „Armut von Kindern und Familien“ hätten sich der Landesjugendhilfeausschuss sowie eine landesweit besetzte Kommission verschiedener Verbände ausführlich befasst. Ergebnis dieser Zusammenarbeit sind einige Vorschläge und Anregungen. Ein Ergebnis sei in der Broschüre des Landesjugendamtes Rheinland „Vermeidung und Überwindung von Armutsfolgen bei Kindern in Familien“ dargestellt.  
*(Diese Broschüre wurde zwischenzeitlich beim Landschaftsverband Rheinland bestellt und wird in der Sitzung zur Verfügung gestellt.)*

Herr Amonet verweist auf das Recht auch in Armut und Benachteiligung aufwachsender Kinder auf Förderung, Entwicklung und Erziehung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten. Dies sei schon im Kinder- und Jugendhilfegesetz festgeschrieben. Die PISA-Studie bestätige aber eine Benachteiligung dieser Kinder im schulischen Bildungsprozess. Da die Kommunen keinen Einfluss auf die Schulpädagogik hätten, müsse geprüft werden, im Rahmen der Jugendhilfe auf die Familien oder über die Kindertageseinrichtungen bzw. über die Offene Ganztagsgrundschule einzuwirken. Allerdings führe die finanzielle Situation der Kommunen dazu, dass die Überwindung und Vermeidung der Armutswirkungen auf Kinder und Familien nicht oder nur mangelhaft bearbeitet würden. Gleichwohl hätten Politiker und Verbandsvertreter eine Verpflichtung, diese Armutswirkungen zu überwinden bzw. zu vermeiden.

Alle Wohlfahrtsverbände hätten zu diesem Thema Berichte vorgelegt. Nach einer bundesweiten Studie des Institutes für Sozialarbeit und Sozialpädagogik im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt aus dem Jahr 2000 würden rund 14 % aller Kinder in der Bundesrepublik in Armut leben. Einem Viertel dieser Kinder gehe es trotz Armut gut oder relativ gut. Eltern oder andere Erziehungsverantwortliche würden sich trotz finanzieller Armut engagiert um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. In diesem Zusammenhang verweist er auf Alleinerziehende, die wegen mangelnder Tagesversorgungsplätze für ihre kleinen Kinder keinen Arbeitsplatz annehmen würden. Bergisch Gladbach sei hinsichtlich der Ganztagsversorgung für Kindergartenkinder und die unter Dreijährigen relativ weit. Handlungsbedarf bestehe jedoch weiterhin.

Die Hälfte der Armutskinder nehme vom Säuglingsalter an eine ausgesprochen negative Persönlichkeitsentwicklung, weil die Eltern mit ihrer Förderung, Bildung und Erziehung überfordert sind. Auch in anderer Hinsicht (Ernährung, Körperpflege, Gesundheitsversorgung) seien diese Kinder unterversorgt. Die sprachliche und kulturelle Versorgung sei nicht ausreichend für eine selbstbe-

wusste Persönlichkeitsentwicklung und Lebensgestaltung. Erhebliche Defizite bestünden auch in der Zuwendung und Zuneigung ihrer Eltern.

Die Problematik gehe somit über Finanzarmut hinaus. Es gehe bei Entscheidungen der Kommunen und des Landes nicht nur eine Verbesserung der finanziellen Transferleistungen, sondern vor allem um die Prüfung, wie diesen auch kulturell, sozial und in der Gesundheitsversorgung armen Kindern und ihren Familien durch institutionelle Angebote geholfen werden könne. Diese Kinder könnten kaum stabile Zuversicht und Lebensfreude entwickeln. Eine frühzeitige Förderung dieser Kinder durch gute Förder-, Erziehungs- und Bildungsprozesse vermeide spätere hohe Leistungen der Erziehungshilfe.

Im Rahmen z. B. der Familienbildung sollten überforderte Eltern befähigt werden, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Trotz der guten Ansätze in Bergisch Gladbach bestehe insgesamt in den Jugendhilfestrukturen Nachholbedarf.

Herr Amonet verweist darauf, dass Bildung nicht erst in der Schule beginne. Vielmehr habe die PISA-Studie ergeben, dass die Bildungsbenachteiligung im deutschen Schulsystem durch die Art des Unterrichts verstärkt werde. Ergebnisse der frühkindlichen Entwicklungsforschung und der Hirnforschung würden eine frühzeitige Förderung nahe legen. Von einer nicht ausreichenden kulturellen Umgebung in den ersten drei Lebensjahren werde ein Kind in seiner gesamten Persönlichkeitsentwicklung dauerhaft geprägt.

Die Problemlösung beginne also lange vor dem Schulbesuch. Alle in der Jugendhilfe Tätigen seien aufgerufen, Lösungen zu entwickeln. Auch Kreisverwaltungen und Bezirksregierungen sollten bei Eingriffen in die Etatgestaltung eines Rates zunächst Gespräche über notwendige Prioritäten führen.

Frau Münzer sieht den Mangel nicht im fehlendem Verantwortungsbewusstsein der Teilnehmer. Die Problematik sei bekannt. Aus eigener beruflicher Anschauung wisse sie um die Schwierigkeiten, in Kontakt zu den betroffenen Eltern zu treten. Gelingen im Einzelfall, betroffene Eltern zum Besuch einer Gruppe zu bewegen, fühlten sich diese im Kreis weniger problematischer Eltern unwohl und würden die Gruppe deshalb nach einer mehr oder weniger langen Zeit wieder verlassen. Dies gelte auch für Elternabende und andere Veranstaltungen.

Herr Amonet verweist auf Veranstaltungen wie Familienbildungsmaßnahmen in sozialen Brennpunkten. Mütter hätten es als hilfreich empfunden, ohne ihre Kinder außerhalb ihrer gewohnten Umgebung an Maßnahmen teilnehmen zu können.

Maßnahmen mit einer Komm-Struktur seien hier weniger Erfolg versprechend. Der Landesjugendhilfeausschuss habe ein Modellprojekt in Monheim von Kindertageseinrichtungen mitfinanziert. Bereits bei der Planung von Geburtsvorbereitungskursen habe man sich bemüht, durch kleinräumige intensive Einzelgespräche Kontakte zum Kreis der überforderten Eltern im sozialen Brennpunkt zu bekommen. Um dies zu erreichen, müssten Beschäftigte der Familienbildungsträger besonders ausgebildet werden. Dabei gelte es besonders, viele negative Erfahrungen zu überwinden. Es sei auch erforderlich, Kontakte mit Tageseinrichtungen herzustellen, die über Plätze für unter Dreijährige verfügen. Ein Netz von fördernden und die Kindheits- und Familienentwicklung stabilisierenden Prozessen müsse geknüpft werden. Nötig sei die Entwicklung von Sozialraumkonzepten, was auch vielfach schon geschehe. Diese Konzepte müssten auch das Gesundheitswesen, die Wohlfahrtsverbände und die Kindertageseinrichtungen einbinden.

Da arme Familien über das ganze Stadtgebiet verteilt wohnen würden, müsste jede Kindertageseinrichtung Plätze für unter Dreijährige anbieten. Dies habe aber Auswirkungen auf die Personal- und die Gruppenstruktur.

Frau Schu begrüßt die geäußerten Überzeugungen, erinnert aber auch an die Verantwortung der Eltern. Diese sollten in die Bemühungen einbezogen werden. Sie bedauere, dass jetzt die Erziehungsfehler der Vergangenheit korrigiert werden müssten. Frau Schu verweist abschließend auf die schwierige finanzielle Situation der Kommunen.

Herr Amoneit verweist auf die Unterversorgung in diesem Bereich. Die Betroffenen müssten daran arbeiten, Familie sein zu können. Die Persönlichkeit der Eltern weise ein so starkes Defizit auf, dass sie ihre eigenen Lebensverhältnisse nicht regeln könnten. Er verweist auf die rechtliche Verpflichtung, dem Kind zu einer eigenständigen, verantwortlich-kreativ handelnden Persönlichkeit zu verhelfen. Entlastungen der Familie in ihrem Zusammenhang seien erforderlich. Diese Entlastung sieht er in der Schaffung von Kindertagesplatzangeboten.

Herr Buhleier weist darauf hin, dass es Eltern gebe, die unabhängig von ihren finanziellen Verhältnissen ihren Kindern keine adäquaten Lebensbedingungen schaffen könnten. Unter Hinweis auf die Untersuchung des ISS hält er es aber für auffällig, dass die Lebensbedingungen von Kindern armer oder von Armut bedrohter Eltern vergleichsweise stärker gefährdet sind. Aufgabe sei es, mit Gegenstrategien die Familien zu unterstützen. Es gebe eine große Gruppe, die (teilweise mehrfach) zwischen Armut und durchschnittlichen Einkommensverhältnissen pendeln.

Herr Köchling fragt nach Untersuchungen zu der Frage, unter welchen Kriterien Armut bei gleichen wirtschaftlichen Bedingungen nicht in Benachteiligung umschlägt. Solche Erkenntnisse hält er für wichtig, um die Minderung der Konsequenzen zu beeinflussen.

Dazu erklärt Herr Amoneit, die ISS-Studie befasse sich auch damit. Die Versorgung mit Kindertagesplätzen fördere die Stabilitätsentwicklung auch solcher Kinder, die in guten finanziellen Verhältnissen aufwachsen. Auch andere Untersuchungen bestätigen, dass sich Investitionen in Kindertageseinrichtungen dadurch vervierfachen, dass die Kinder in Stabilität oder besserem Wohlergehen aufwachsen können. Dies hänge mit den Folgekosten zusammen, die entstehen, wenn diese Aufgabenstellung nicht frühzeitig bewältigt werde.

Herr Hoffstadt ist der Auffassung, dass neben dem bereits dargestellten christlich-humanistischen Menschenbild auch übergreifende volkswirtschaftliche Aspekte zu beachten sind. Hierzu erbittet er Daten, soweit die Studien diese hergeben. Die demographische Entwicklung führe zu immer weniger Neuentwicklungen, die sich gewinnbringend vermarkten lassen und so zur Finanzierung des Sozialsystems beitragen. Auch daher könne sich die Gesellschaft nicht leisten, jemanden durch das Netz fallen zu lassen. Er sieht daher in jeder Investition in diesem Bereich eine gewinnbringende Investition.

Frau Schöttler-Fuchs erinnert an eine Veranstaltung mit dem Präventionsnetzwerk RegioNet. Dabei wurde der Gesundheitsaspekt in den Vordergrund gestellt. Danach sind arme Kinder kranke Kinder. Sie vermisse eine konkrete Definition der Kinderarmut. Zur Armut gehöre auch die Bildungsarmut, die auch andere Schichten betreffe. Sie verweist auf Entwicklungen in Bergisch Gladbach, die gute Tagesplatzversorgung und die Bemühungen im OGATA-Bereich. Im Bereich der Betreuung unter Dreijähriger sei das Bergisch Gladbacher Modell entwickelt worden. Sie bedaure die anstehenden finanziellen Kürzungen in diesem Bereich.

Hinsichtlich der Bildungsarmut bedauert sie, dass das Jugendamt keine rechtliche Handhabe habe, einer bildungsresistenten Familie den Verbleib in einer bestimmten Einrichtung vorzugeben. Auch Eltern, die dem Mittelstand angehören, nähmen immer seltener an Elternabenden der Einrichtungen teil. Sie frage sich, was über solche Angebote hinaus noch getan werden könne.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf nicht armutsfeste Einrichtungen. Es komme auch davon an, dass eine sozialpädagogische Einrichtung ein Gespür für Armut entwickle. Die Einrichtung müsse ein Konzept zum Umgang mit diesen Kindern und ihren Eltern entwickeln. Die Eltern kämen in der Tat nicht zu den Elternabenden herkömmlicher Art. Dabei spiele auch die Angst eine Rolle, sich nicht gut ausdrücken zu können.

Auch bei Geburtstagen könnten sich nicht alle Eltern die Kosten für die üblichen Feiern leisten. Hier sollten Lösungen gefunden werden, bei denen es nicht so sehr auf das elterliche Einkommen ankomme.

Ähnliches gelte für den Schulbesuch und anfallende Kosten für Materialien und Ausflüge. Auch der sprachliche Umgang mit den betroffenen Eltern müsse erst erlernt werden.

Besonders hinsichtlich der Familienbildungsstätten gebe es das Bundesprojekt „Im Ziel“. Dieses habe zum Ziel, bildungsbenachteiligte Eltern für Kurse „Das erste Lebensjahr“ zu gewinnen. Anhand dieses Projektes wurde festgestellt, dass bestimmte Rahmenbedingungen nötig seien, um solche Eltern in die Bildungsstätte zu locken. Ein Ergebnis sei, dass das Programm unmittelbar beginnen müsse, während freie Gespräche mit anderen fremden Eltern nicht gewünscht würden.

Herr Dr. Bernhauser gibt Herrn Hoffstadt Recht, dass im globalen Wettbewerb auf die vorhandenen Bildungsressourcen nicht verzichtet werden können. Er erhofft sich weitere Informationen Herrn Amoneits speziell aus dem Projekt in Monheim.

Frau Bendig ergänzt, dass auch im schulischen Bereich Änderungen in der Ansprache von Eltern und Kindern erforderlich geworden seien. Erfolge seien damit erzielt worden, die Eltern zu einem gemeinsamen Ausflug oder einer anderen gemeinsamen Aktivität am ersten Schultag einzuladen. Den engagierteren Eltern wurde begreiflich gemacht, dass alle Kinder teilnehmen müssten. Dies wurde auch erreicht. Zwischen den Eltern fand ein Austausch über bestehende Probleme statt.

Herr Amoneit bekräftigt diesen Standpunkt. Er verweist aber darauf, dass der durchschnittliche Lehrer in der Erwachsenenbildung nicht geschult sei. Gespräche in Familienbildungsstätten und -kreisen könnten auch besser gestellten Eltern zu neuen Erkenntnissen verhelfen. Wichtig sei, sich auf den Kreis der Menschen einstellen. Strukturell benachteiligten Menschen müsse dabei geholfen werden, Lebensmut zu entwickeln und Kontakte aufzubauen.

In anderen west- und nordeuropäischen Industrienationen gebe es deutlich mehr Kinder bei gleichzeitig geringerer Familienarmut als in Deutschland. Gleichzeitig seien die Bildungschancen und die Frauenerwerbsquote dort deutlich höher als in Deutschland. Eine höhere Frauenerwerbsquote setze aber eine größere Zahl qualifizierter Ganztagsbetreuungsplätze auch für Drei- bis Sechsjährige voraus. Auch hier sei Bergisch Gladbach im Vergleich zu anderen Kommunen relativ weit. Erforderlich sei eine höhere Versorgungsquote mit Ganztagsplätzen für unter Dreijährige und Kinder im Schulalter. In der Versorgung der Schulkinder mit Ganztagsplätzen sieht er einen Beitrag zur Lösung demographischer Probleme.

Durch eine bessere Ganztagsversorgung könne besonders der große Anteil von Müttern, die trotz guter beruflicher Qualifikation Sozialhilfe bezögen, erheblich gesenkt werden.

Zur Lösung vorhandener Probleme könnten auch die von der Landeregierung angeregten Familienzentren beitragen. Es sei beabsichtigt, in jedem Jugendamtsbezirk mindestens eine Modelleinrichtung zu schaffen. Neben der Kindertageseinrichtung, aus der sich ein Familienzentrum entwickle, würden auch die Familienbildungsträger und die Dienste der sozialen Arbeit wie der ASD beteiligt. Abschließend verweist Herr Amoneit auf eine Studie der OECD „Bericht zur Lage der Kindertageseinrichtungen in der Bundesrepublik“ aus dem vergangenen Jahr. Die Bundesrepublik wende 0,42 % des Bruttoinlandsproduktes für Kindertageseinrichtungen auf. Die europäische Sollzahl liege bei 1 %.

Herr Hastrich bedankt sich bei Herrn Amoneit für seine Anregungen.

Die Informationsveranstaltung wird von 18.26 Uhr bis 18.38 Uhr unterbrochen.

Frau Zanders trägt zum Thema „Situation Alleinerziehender in Bergisch Gladbach“ vor. Ihre Unterlagen sind dieser Niederschrift beigelegt.

Zu den beabsichtigten Familienzentren verweist sie u. a. darauf, dass in den Entwicklungsperspektiven für die Kindertagesstätten bis 2015 vorgesehen sei, die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren zu forcieren. Dies sei mit den Trägern bereits besprochen. Über die inhaltliche Gestaltung der Familienzentren bestehe jedoch noch keine Klarheit. Daher werde im nächsten Frühjahr eine kreisweite Fachtagung organisiert mit dem Thema „Familienzentren – auch das noch“.

Frau Bendig möchte wissen, ob es in Bergisch Gladbach eine Vertretung des Bundesverbandes allein erziehender Väter und Mütter gebe. Dies wird von Frau Zanders verneint. (*Frau Zanders hat diese Frage nochmals geprüft; die nächstgelegenen Vertretungen des Bundesverbandes sind in Bonn und Düsseldorf ansässig.*)

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für den Vortrag. Die Frage nach Wohnprojekten sei von einer Klientel an sie herangetragen worden, die nicht alleine ein solches Wohnprojekt organisieren könnten. Gedacht sei dabei daran, dass mehrere Frauen in einem Haus zusammen leben.

Die Idee mit der Fachtagung im Mai begrüße sie sehr. Ihr seien die Schwierigkeiten der Organisation auf Kreisebene bewusst.

Herr Köchling bedankt sich ebenfalls. Er stoße sich jedoch am Begriff der „Alleinerziehenden“. Die Mehrzahl der gerichtlich entschiedenen Trennungen ende mit dem beidseitigen Sorgerecht. Für die Kinder sei es wichtig, dass beide Elternteile als Erziehende benannt sind.

Auch den Begriff „Ein-Eltern-Familie“ finde er schwierig. Ganz wichtig sei, dass Kinder beide Eltern haben, auch wenn sie bei einem Elternteil leben.

Herr Hoffstadt verweist auf die Definition, wonach Familie da sei, wo Kinder sind.

Er spricht sich für eine schnellere Vorgehensweise hinsichtlich der Familienzentren aus. Die geplante Fachtagung erst im nächsten Frühjahr durchzuführen sei ihm zu spät. In diesem Zusammenhang müssten auch andere Fragen wie die Problematik der Alleinerziehenden und Kontaktfragen geprüft werden. Die tatsächliche Arbeitsaufnahme eines solchen Familienzentrums nehme ohnehin noch einen längeren Zeitraum in Anspruch.

Das Deutsche Jugendinstitut habe eine ausführliche Begleitforschung betrieben und eine sehr gute Zusammenstellung aller Aspekte erstellt. Auch der Kinderschutzbund führe eine Reihe Projekte (→ Mütterzentren) durch. Vorbilder gebe es mithin genug. Geprüft werden solle, wo es in Bergisch Gladbach einen Kindergartenträger gebe, der von sich aus in diese Problematik einsteigen wolle.

Es handele sich auch um ein finanzielles Problem. In solchen Zentren sehe er größere Chancen, bildungsferne Eltern zu erreichen.

Herr Hastrich stellt klar, dass die Fachtagung nicht den Auftakt für eine weitere Beschäftigung mit diesem Thema darstellen solle. Die Tagung sei vielmehr die Voraussetzung für eine Diskussion in der Breite. Es bestehe aber Klarheit darüber, so schnell wie möglich mit einzelnen Kindertageseinrichtungen die Entwicklung zum Familienzentrum zu beginnen.

Herr Dr. Bernhauser fragt nach dem Angebot des begleiteten Umgangs. Herr Hastrich verweist darauf, dass es diese Angebote auch für sehr komplexe Fälle im Kinderschutzbund mit entsprechenden Fachkräften gebe. Die Angebote werden im Rahmen der Jugendhilfe kostenfrei gewährt. Möglich sei aber auch eine Kostenheranziehung im Rahmen der Hilfe zur Erziehung.

Frau Münzer fragt nach der Bereitstellung von Bundes- oder Landesmitteln für die Familienzentren. Sie hält es für äußerst fatal, die angesprochene Löwenpassermäßigung zu streichen. Den betroffenen Familien werde es dann nicht mehr möglich sein, an Veranstaltungen wie familienbegleitenden Maßnahmen oder Erziehungsvorträgen teilzunehmen.

Herr Hastrich verweist darauf, dass es sich bei den Regelungen zum Löwenpass um eine politische Entscheidung handele. Die Verwaltung habe sich verpflichtet, eine Neufassung der Richtlinien einzubringen.

Zur Finanzierung der Familienzentren verweist er darauf, dass es bisher nur eine Koalitionsvereinbarung und eine Willensbekundung des Ministeriums gebe. Haushaltsmittel gebe es derzeit nicht.

Herr Hoffstadt hält finanzielle Mittel für erforderlich.

Zunehmende Schwierigkeiten sieht er die Betreuung morgens früh und ab 16.00 Uhr. Hier sieht er eine Mitverantwortung der Wirtschaft. Wer Arbeitsplätze in diesen Zeiten anbiete, solle sich an der Finanzierung der Betreuung beteiligen.

Frau Bendig regt an, in die Arbeit der Familienzentren auch Seniorinnen und Senioren einzubeziehen. In einem Projekt in Erfurt finde bereits eine gemeinsame Arbeit von Senioren und einer Kindertagesstätte statt. Hier könne die Tatsache genutzt werden, dass der Anteil der Seniorinnen und Senioren wachse.

Herr Hoffstadt unterstützt diesen Vorschlag und verweist auf ein Projekt in Köln. In diesem Projekt wurde Seniorinnen und Senioren, die zuvor Essen auf Rädern bezogen, ermöglicht, in einem benachbarten Kindergarten essen zu gehen. Dadurch hätten sich von selbst Kontakte ergeben. Derlei Maßnahmen könnten sofort in Angriff genommen werden.

Frau Münzer verweist auf den ehrenamtlichen Großelternbesuchsdienst. Dieser werde sehr gut in Anspruch genommen.

Herr Hastrich bedankt sich unter Beifall des Ausschusses bei Frau Zanders und für die Diskussion. In beiden Referaten wurde einiger Stoff geboten, der in den nächsten Sitzungen der jeweiligen Ausschüsse weiter bearbeitet werden müsse. Er schließt die Veranstaltung um 19.24 Uhr.

Fedder  
Schriftführer

### Anlage 3

#### **Armutsrisikoquoten nach sozialstrukturellen Merkmalen in Nordrhein-Westfalen (Mai 2003)**

Bevölkerung insgesamt	14,8
nach Geschlecht	
männlich	14,5
weiblich	15,1
nach Erwerbsstatus	
erwerbstätig	7,6
erwerbslos	40,4
Nichterwerbspersonen	18,2
nach familialer Lebensform	
allein lebend	12,3
Paar ohne Kinder	6,4
Paar mit Kindern u. 18 J.	20,9
allein erziehend mit Kindern u. 18. J.	42,3
nach Staatsangehörigkeit	
deutsch	11,9
nicht deutsch	38,9
nach Alter von ... bis unter ... Jahren	
unter 18	26,0
18 – 30	20,7
30 – 45	14,4
45 – 65	9,4
65 und mehr	7,3
nach Familienstand	
ledig	20,3
verheiratet	11,5
verwitwet	7,6
geschieden	16,7
nach Haushalten ... Kindern u. 18 J.	
ohne Kinder	8,8
1	16,7
2	20,1
3 und mehr	43,7

(Quelle: Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen: Sozialbericht NRW 2004 – Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf 2004, S. 205)

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	